

**»Durch Vermögenskonzentration wird eine offene und gestaltbare Zukunft zum Erbprivileg eines immer kleineren Kreises von Familien.«**

MIGUEL DE LA RIVA

*Den Beitrag »Komplizen der Bereicherung«  
finden Sie ab Seite 71.*

---

# Rechtspopulismus: Eine Bewegung von Narzissten

---

Oft heißt es, verantwortlich für den Aufstieg der Rechten sei das Versagen der demokratischen Parteien. Doch der Rechtsruck ist auch Ausdruck einer kulturellen Krise. Bürgerschaftliches Ethos weicht ungehemmt ausgelebtem Narzissmus – vor allem im AfD-Milieu.

Von ANDREAS PÜTTMANN

---

Die Frage, warum Rechtspopulisten so stark sind, wird üblicherweise mit Fehlleistungen und Versäumnissen der demokratischen Parteien beantwortet – eine auf den ersten Blick plausible Erklärung, die von einfältigen Politikern sogar selbst beglaubigt wird, etwa wenn sie behaupten, man könne die AfD durch bessere Politik »wegregieren« (Alexander Dobrindt). Es handelt sich um eine Art demokratischer Selbstbezeichnung, aber nicht der eigenen Person und Partei, sondern derer, die es bisher angeblich zu schlecht gemacht hätten. Der populistische Subtext für das Wahlvolk lautet: An Euch liegt es nicht, Ihr seid eigentlich okay und habt Euch mit der AfD nur leider mal verwählt, weil ihr enttäuscht und getäuscht wurdet. Nun aber bringen wir Guten alles wieder in Ordnung und entziehen verständlicher »Protestwahl« für die Extremisten den Nährboden. Der demokratische Populist macht sich so zum Tribunal, dem man entkommt, indem man es wird<sup>1</sup> – was allerdings nur funktioniert, wenn man in der Opposition ist oder erst kurz an der Regierung und sich mit »Erblasten« herauszureden vermag.

Besonders beliebt in der Logik der Fremdattribution ist die eingängige, vor allem unpolitischen Gemütern suggerierbare personalisierte Form. Sie ermöglicht es sogar, ehemals Regierende der eigenen Partei für die Selbstexkulpation zu nutzen: Angela Merkel sei halt schuld, auf jeden Fall aber die zwischenzeitliche Ampelregierung mit Robert Habeck und dem »Scholzomaten« samt Dauerstreit der Protagonisten bis zu Christian Lindners tückischer Exitstrategie. Dass das neue Bundeskabinett unter »Kanzler-Azubi« Friedrich Merz seitens der Union fast nur mit Ministern ohne Regierungserfahrung besetzt wurde, sollte wohl einen Aufbruch ganz ohne Merkel-Makel signalisieren. Die »handwerklichen« Folgen für Regierungsgeschäft und -kommunikation bis hin zu Friktionen zwischen dem Kanzler und einer Ministerin der eigenen Partei (Katherina Reiche) sind inzwischen offenkundig. Unter ideologisch überhitzten »Anti-Merkelianern« ist längst auch der einstige »Merzias« in das unterkomplexe Konzept der Fremdattribution geraten: Er habe als Kanzler seine vollmundigen

---

**ANDREAS PÜTTMANN,**  
geb. 1964 in Dinslaken,  
Dr. phil., ist Politikwissenschaftler, war wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Konrad-Adenauer-Stiftung und arbeitet heute als freier Publizist.

---

<sup>1</sup> Siehe Odo Marquard, Entlastungen. Theodizeemotive in der neuzeitlichen Philosophie, in: Wissenschaftskolleg zu Berlin, Jahrbuch 1982/83, Berlin 1984, S. 254-258, hier: S. 250.

---

Versprechen nicht gehalten - so als könne die Union mit absoluter Mehrheit schalten und walten und in einem föderal, europäisch und international komplex verschränkten Machtsystem nach Gusto »durchregieren«.

An der (wechselseitig) selbstbeachtigenden Defizitanalyse demokratischer Politiker wirken Rechtspopulisten eifrig mit, getragen von den Agitationswellen der sie unterstützenden Medienphalanx aus »Junge Freiheit«, »Tichys Einblick«, »NIUS«, »Weltwoche«, »Apollo News« und »Russia Today« bis hin zur »Bild« und ehemals unzweifelhaft seriös-konservativen Medien wie »Welt«, NZZ oder »Cicero«. Hinzu kommen die AfD-dominierten Sozialen Medien, allen voran Elon Musks X, in denen Putins Trollfabriken und missionarische Schwurblermilieus wie Pandemie- und Klimawandelleugner, Gender-vergrätzte Maskulinisten und sexuell frustrierte Incels nach Kräften die immer gleiche Botschaft senden: Die Politiker der »Systemparteien« könnten es nicht, und deshalb wende sich das Volk völlig zu Recht von ihnen ab.

Auf der anderen Seite erklären Linke die Rechtsradikalisierung traditionell mit sozialen Missständen. Ungerechtigkeit und Armut in kapitalistischen Systemen brächten notwendigerweise Faschismus hervor. Herrschende und einflussreiche Superreiche müssten den Bedrückten nur einflüstern, dass Migranten, globalistische Eliten und »woke« Bildungsbürger an ihrem Elend schuld seien - und schon vertrauten sich die Massen den Verheißungen einer autoritären Führung an. Dagegen warnt die jüngste Mitte-Studie pointiert vor der »sich hartnäckig« haltenden These, die Anfälligkeit für rechtsextreme Einstellungen sei ökonomisch induziert: »Bei genauerem Hinsehen« zeige sich, dass »das Einkommen in einem wechselseitigen Verhältnis zum Bildungshintergrund« stehe, der entscheidender sein könne; zudem wirke sich »die subjektive Einschätzung der sozioökonomischen Lage, wie etwa das Gefühl, nicht gerecht behandelt zu werden, auf die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen aus.«<sup>2</sup> Bauchgefühle und Lebenszufriedenheit sind aber ein schwankender Boden für die Feststellung tatsächlicher Benachteiligung.

### **Staatsversagen oder Bürgerversagen?**

Konservative und linke Erklärungsmuster des Rechtsrucks überlappen sich somit in der Behauptung, dieser sei eine Reaktion auf politisches Versagen. Anhaltspunkte dafür lassen sich durchaus vorweisen: verschleppte Reformen der Sozialsysteme, unterbliebene Instandsetzungen von Infrastruktur, Migrationsdruck (der zuletzt aber deutlich abnahm, während die AfD weiter zulegt), Politskandale. Nur: Wieso sollten demokratische Regierungen ja nicht bloß im eigenen Land, sondern international plötzlich durch die Bank unfähiger als ihre Vorgängerinnen geworden sein? Und wieso liegen AfD-Wähler beim Haushaltsnettoeinkommen überdurchschnittlich oft im mittleren Bereich, nicht selten auch im oberen? Die ökonomisch wirklich krass »Abgehängten« scheinen sich dort nicht primär zu sammeln.

Plausibler als konservative und linke Schuldzuschreibungen an demokratische Politiker ist dann doch folgende Annahme: Zunehmende rechtsradikale Gesinnung und Ressentiments haben wesentlich mit den Menschen selbst zu tun. Der weltweite Trend nach rechts muss durch länderübergreifende Faktoren begünstigt worden sein wie die veränderte Art politischer Meinungsbildung, das Verblässen histori-

---

2 Andreas Zick et al., Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25, Bonn 2025, S. 100.

---

scher Erinnerungen, ein sich wandelndes Ethos sowie den Verlust von Beheimatung in sozialen und religiösen Bindungen und sinnstiftenden Ideen. Denn diese bieten Geborgenheit, leiten an zu Gelassenheit und Frustrationstoleranz, helfen durch die Einprägung von Normen und Tugenden dabei, Missmut, Wut, Aggression und rücksichtslose Selbstbehauptung einzuhegen. Bezeichnenderweise bekommen heute nicht nur Politiker den zügellosen Wutbürger zu spüren, sondern auch Rettungskräfte, Schaffner und das Krankenhauspersonal. Dies spricht nicht dafür, dass wir es nur oder primär mit einer Politikkrise zu tun haben. Wahrscheinlicher ist eine Kulturkrise, die wesentlich moralische, psychologische und zivilisatorische Ursachen hat.

Die wohl wichtigste darunter ist die Revolution der Kommunikation und Meinungsbildung im Netz. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) ist dafür zu danken, dass er dieses Problem in zugespitzter, konkretisierender Weise unter Nennung von Ross und Reiter, namentlich eines rechtspopulistischen Aufwiegungsportals, prominent auf die Tagesordnung gesetzt hat, verbunden mit dem Votum für eine - in Australien, Österreich und Frankreich schon beschlossene - Altersbeschränkung in den Sozialen Medien. Die hasserfüllten, manipulativen Reaktionen auf Günthers Vorstoß in der Talkshow »Markus Lanz« bestätigten ihn eher als ihn zu widerlegen. Man wird keinen Sumpf trockenlegen unter Beifall der Frösche.

### **Undank und Anspruchsegozentrik unter AfD-Wählern**

Die Balken der AfD-Anhänger ragen in Umfragen seit Jahren nicht nur bei den meisten politischen Sachthemen oder der Unzufriedenheit mit der Regierung heraus, sondern auch bei Fragen, die mit ihrem eigenen moralischen Profil sowie mit der Systemfrage zu tun haben. Exemplarisch dafür steht die von Infratest dimap gestellte Frage zum 70. Geburtstag der Bundesrepublik im Jahr 2019: »Wie hat sich das Grundgesetz Ihrer Meinung nach alles in allem bewährt?« 30 Prozent der Bundesbürger meinten »sehr gut« und 58 Prozent »eher gut«. Nach Parteianhängern differenziert sagten »sehr gut«: FDP 48 Prozent, Grüne 45, CDU/CSU und SPD je 38, Linke 22 - und bei den AfD-Anhängern 7 Prozent.<sup>3</sup> Laut einer Umfrage zu 75 Jahren Grundgesetz meinten 39 Prozent der AfD-Anhänger, das Grundgesetz solle »durch eine neue Verfassung ersetzt werden« (Linke 9 Prozent; Grüne und FDP je 10; SPD 12 und Union 13).<sup>4</sup> Mangelnde Dankbarkeit gegenüber der freiheitlichsten

und sozialsten Ordnung, die es je auf deutschem Boden gab, gehört zur mentalen Grundausstattung des AfD-Klientels. Interessant auch: Dass die deutsche Nationalflagge positive Empfindungen bei ihnen auslöse, gaben 80 Prozent der CDU/CSU-Anhänger und 65 derer der SPD an, aber nur die Hälfte der ostentativ »Patriotischen«.<sup>5</sup>

Spitzenreiter waren AfD-Anhänger bei der Aussage: »Ich tue genug für den Staat« (89 Prozent), Schlusslicht bei der Aussage: »Der Staat tut genug für mich« (38 Prozent). Dass der Staat mehr für sie tun müsste, meinen 35 Prozent aller Bürger, aber

---

**»Bei AfD-Anhängern sticht eine Gesinnungs- und Anspruchsegozentrik hervor.«**

---

3 Infratest dimap, 70 Jahre Bundesrepublik und Grundgesetz. Tabellenbericht (Unveröffentlicht), S. 27.

4 Hans Vorländer et al., 75 Jahre Grundgesetz. Einstellungen zu Verfassung und Demokratie in Deutschland. MIDEM Studie 2024-2, Dresden 2024, S. 15.

5 Infratest dimap, a.a.O., S. 62.

---

56 Prozent im AfD-Milieu. Die Differenz der Prozentsätze zwischen »Ich tue genug für den Staat« und »Der Staat tut genug für mich« war bei Anhängern der AfD mit weitem Abstand am größten (51 Prozentpunkte), gefolgt von den Nichtwählern (37), Anhängern der FDP (24), der Linken (13), der SPD (12), der Grünen (10) und der Union (9).<sup>6</sup>

Eine Gesinnungs- und Anspruchsegozentrik, die natürlich leicht Frustrationen und Kränkungen produzieren kann, stach schon in der Mitte-Studie 2023 bei den AfD-Anhängern hervor. Die Aussagen: »Menschen wie mir steht mehr zu als anderen« und »Menschen wie ich verdienen eine bessere Behandlung als andere« sind klassische Items zur Messung von Anspruchsdenken. Sie werden in der psychologischen Forschung genutzt, um Persönlichkeitsmerkmale wie Narzissmus, Egozentrik und den Wunsch nach Sonderbehandlung zu identifizieren. Beide Aussagen weisen in der Mitte-Studie 2023 etwa drei Viertel der Bevölkerung zurück, nur jeder Zehnte macht sie sich »eher« oder »voll und ganz« zu eigen, darunter überdurchschnittlich viele Jüngere, Ostdeutsche und solche mit Berufsausbildung. Die subjektiv eingeschätzte Schichtzugehörigkeit stand in keinem statistisch bedeutsamen Zusammenhang mit Anspruchsdenken. Während Anhänger von Grünen und Linken signifikant unterdurchschnittlich Ansprüche auf Besser- bzw. Sonderbehandlung stellten, nahmen solche der AfD den Spitzenplatz ein, gefolgt von FDP-Anhängern, die ihre eigene wirtschaftliche Lage vergleichsweise gut einschätzen. Insofern liegt es nahe, dass weniger die reale eigene wirtschaftliche Lage als »neoliberale Denkstrukturen für die Ausprägungen von Anspruchsdenken verantwortlich sind. [...] Exkludierende Gedanken gegenüber Gruppen, deren Mitgliedern vermeintlich weniger zusteht als der eigenen Gruppe, verdeutlichen einen relativen Anspruch nicht zuletzt im Einklang mit grundlegend populistischen Positionen«. Es fanden sich »deutliche Zusammenhänge zwischen dem Anspruchsdenken einerseits und rassistischen, klassistischen, hetero-/sexistischen sowie antisemitischen Einstellungen«. <sup>7</sup>

### **Moraldestruktive und Mitläufereffekte des Narzissmus**

Könnte es sich insofern in psychologischer Hinsicht beim Rechtspopulismus, der vor allem in der mittleren, inzwischen auch jüngeren Generation (unter Männern) grasst, um die Frucht eines »Zeitalters des Narzissmus«<sup>8</sup> handeln und weniger um die Folge einer Unzulänglichkeit der im NS-Jargon gescholtenen »Altparteien«? In Demokratien bekommt das Volk ohnehin früher oder später die Politiker, die es verdient - oder vorsichtiger formuliert: die zu ihm passen. Es hat sie ja gewählt.

Moralisch auffällig sind AfD-Anhänger nicht nur, weil bei ihnen fremdenfeindliche, rechtsautoritäre, nationalchauvinistische, den Nationalsozialismus verharmlosende Einstellungen relativ stark verbreitet sind, sondern auch dadurch, dass sie die Vetternwirtschaftsaffären oder andere Skandale, Lügen und Straftaten von AfD-Funktionären nicht an der Wahlurne abstrafen, wie zuletzt die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gezeigt haben. 82 Prozent der AfD-Anhänger gaben im Mai 2025 an, es sei ihnen »egal, dass die AfD als rechtsextrem gilt«<sup>9</sup> - sei

---

6 Ebd., S. 82 und S. 87.

7 Andreas Zick, Beate Küpper und Nico Mokros, Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn 2023, S. 324.

8 Christopher Lasch, Das Zeitalter des Narzissmus, München 1980.

9 Infratest dimap, Deutschlandtrend vom Mai 2025 im Auftrag der ARD.

---

es, weil sie es selbst sind, sei es, weil sie historisch ignorant oder moralisch zu abgestumpft für das politische Risiko sind, oder sei es, weil das vermeintliche *summum malum* der von den anderen Parteien gemachten Politik alle anderen Übel aussticht. Angesichts eines geglaubten drohenden Untergangs erscheint alles erlaubt.

Narzissmus begünstigt die Wahl Rechtsradikaler aber nicht nur durch Anspruchsegozentrik, chronisches Gekränktsein und moralische Stumpfheit gegenüber den Folgen für potenzielle Opfer rechtsautoritärer Herrschaft. Hat die Bewegung erst einmal Fahrt aufgenommen und die Perspektive einer Machtübernahme als stärkster Partei eröffnet, dann schlägt auch die Stunde des narzisstischen Opportunismus. Wer hauptsächlich beachtet werden und anerkannt sein will, für den führt an der bestimmenden politischen Kraft von morgen kein Weg vorbei. Er kann in der Öffentlichkeit zunächst »auf beiden Schultern Wasser tragen«, sich nur als Rechten-Versteher und Vermittler ins Rampenlicht stellen, dabei allerdings häufiger und schärfer

---

»Hat die Bewegung erst einmal Fahrt aufgenommen, dann schlägt auch die Stunde des narzisstischen Opportunismus.«

---

in Kritik an linken oder zentristischen Demokraten einstimmen. Die narzisstische Persönlichkeit ist im Stadium vor dem Kipppunkt des politischen Systems typischerweise eine Mitläuferin, gern in vordenkerischer und pragmatisch-konstruktiver Pose. Neue Freunde für den »Tag X« können ja in keinem Fall schaden, so das Kalkül.

Narzissmus und geringe Selbstkontrolle, Identitätskrisen, Ängstlichkeit und Aggressivität werden in der Forschung als individuelle psychosoziale Risikofaktoren für Radikalisierung und Extremismus diskutiert. Die jüngste Mitte-Studie verweist auf Forschungsbefunde, wonach psychologische und kriminologische Faktoren oft eine stärkere Vorhersagekraft für Radikalisierung haben als rein soziodemografische Faktoren wie Armut.<sup>10</sup> Ob Narzissmus in der Gesellschaft zugenommen hat oder nur sichtbarer geworden ist, bleibt strittig. Doch können Soziale Medien durch Anreize zu kontinuierlicher Selbstdarstellung und Sammlung von Anhängerschaften, die bestätigend und belobigend reagieren, gewiss narzisstische Tendenzen verstärken. Auffällig ist jedenfalls, dass die Destabilisierung demokratischer Systeme auf den Siegeszug der Sozialen Medien folgte und dort besonders rechtspopulistische Parteien eine Dominanz erlangt haben, die ihre parlamentarische Stärke noch übertrifft. Nicht zuletzt ist der Prototyp des an die Macht gelangten Rechtspopulisten, Donald Trump, eine Ikone hemmungsloser narzisstischer Selbstinszenierung.

### **Der Schwund antinarzisstischer religiös-kultureller Normen**

Zugleich kommt den westlichen Gesellschaften mit dem Schwund christlichen Glaubens und entsprechender Erziehung auch allmählich ein Ethos abhanden, das zur moralischen Dezentrierung von eigenen Interessen und Ansprüchen und zur Zügelung von Affekten und Ressentiments rät und anleitet. Den neurechten Kult des »Eigene« gegen das Fremde durchkreuzt das Christentum durch die Ermahnung und hoffnungsfrohe Ermunterung, immer auch vom anderen, vom Mitmenschen her zu

---

<sup>10</sup> Nico Mokros, Sozialisation durch die Eltern und der Rechtsextremismus der Mitte, in: Andreas Zick et al., Die angespannte Mitte, a.a.O., S. 311-328, hier: S. 314.

---

denken, sich zu bescheiden und seiner eigenen Irrtums- und Schuldanfälligkeit bewusst zu bleiben. Nicht zufällig lässt sich die habituelle Signatur des Rechtspopulismus - Empathielosigkeit, Hybris, Daueraufgeregtheit - als Antithese zu den schönsten Früchten des Christentums lesen: Empathie, Demut, Gelassenheit. Als Inbegriff sündiger Grundhaltung gilt der Theologie der in sich selbst verkrümmte Mensch (*incurvatus in se*) - ein treffendes Bild für die soziale Tragödie narzisstischer Persönlichkeiten, die zur unrealistischen Annahme eigener Großartigkeit neigen und zu reifen, stabilen Beziehungen zu ihren Mitmenschen nur schwerlich fähig sind.

Damit soll keineswegs der Eindruck erweckt werden, christliche Kirchen brächten regelmäßig sozialverträgliche, selbstlose Verhaltensmuster hervor. Papst Franziskus geißelte die »narzisstische Kirche« und skizzierte in »Evangelium Gaudium« (Ziff. 93-95) den Typus des sich selbst über andere erhebenden Katholiken. In den hierin charakterisierten kirchlichen Subkulturen finden sich denn auch am ehesten Anhänger der Rechtspopulisten, während Christen in Deutschland ansonsten unterdurchschnittlich die AfD wählen.<sup>11</sup> Die Frage ist angesichts offensichtlicher »Pathologien der Religion« (Benedikt XVI.) im internationalen Maßstab also nur, ob die Einprägung christlicher Normen und Tugenden zwar nicht zuverlässig, aber doch *tendenziell* zur Einhegung egoistischer, anspruchsegozentrischer und damit destruktiver Haltungen beiträgt, die auch das Miteinander im Staat zu verderben drohen.

---

## »Kirchennahe katholische Christen wählen unterdurchschnittlich die AfD.«

---

Da sich religiöse Prägungen wie auch psychische Dispositionen gesellschaftlich kaum steuern und schon gar nicht staatlich verordnen lassen, ist guter Rat auf die Frage, was also zu tun sei, teuer. Die wichtig-

sten Akteure in Kulturkrisen bleiben erziehende Eltern, Lehrer, Intellektuelle, Künstler und Seelsorger. Durch die Regulierung von Sozialen Medien, der rechtlich enge Grenzen gesetzt sind, könnten manche der die Radikalisierung treibenden psychosozialen Effekte abgemildert werden. Jedenfalls kann der Staat aber Kirchen und anderen gesinnungs- und verhaltensprägenden Instanzen der Zivilgesellschaft möglichst günstige Wirkungschancen sichern helfen. Die neuerdings kolportierte Verdächtigung, NGOs seien nicht »neutral« genug für staatliche Förderung, geht fehl, weil demokratisch resilienter Pluralismus sich nicht aus einer Addition weltanschaulicher Nullen herstellen lässt, sondern durch den Wettbewerb deutlich erkennbarer ideeller »Hausnummern«.

Dieser kurzen Problemskizze ging es nicht um Handlungsanleitungen, sondern darum, im Diskurs um die Ursachen des Rechtspopulismus von falschen Erklärungsmustern abzuraten und den Blick von angeblich unfähigen demokratischen Politikern als Urhebern der Misere weg auf jene zu lenken, die das demokratische Gemeinwesen nun mal tragen müssen: die Bürger. Keine Republik kann ohne Bürgerethos bestehen. Dies entlässt Regierende nicht aus der Pflicht, entlastet sie aber von einseitigen Schuldzuschreibungen durch Populisten - zu deren Erfolg die demokratische Mitte mit permanenten Fremd- und Selbstbeichtigungen ungewollt beiträgt. ◻

---

11 Eine Auszählung von IfD-Umfrage Nr. 13008 (September 2025) für den Verfasser ergab: Die AfD als Zweitstimmewahlabsicht nannten: Katholiken mit Kirchgang 10 Prozent, Protestanten mit Kirchgang 10,7, Katholiken kirchenfern (Kirchgang selten/nie) 22,1, Protestanten kirchenfern 23; ohne Konfession/Andere: 31,3 Prozent.